

## **Frauen mit Migrationshintergrund wollen die Politik mitbestimmen!**

### **Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 07.03.2018 zum Internationalen Frauentag 2018**

In dem Jahr, in dem sich die Einführung des Frauenwahlrechts zum hundertsten Mal jährt, kommt dem Internationalen Frauentag am 8. März eine besondere politische Bedeutung zu. So führt der Tag angesichts längst überkommen gedachter Ungleichheiten die teils deutlichen gesellschaftlichen und politischen Diskriminierungen von Frauen mit Migrationshintergrund im Jahr 2018 vor Augen.

Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW stellt fest: „Wenn es heißt, dass Frauen seit hundert Jahren in Deutschland das volle Wahlrecht haben, so gilt das nicht für Frauen ohne deutschen Pass. Obgleich Emanzipationsbewegungen der Frauen in den vergangenen hundertfünfzig Jahren viel erreicht haben, müssen wir uns als Gesellschaft dennoch eingestehen, dass wir immer wieder neue Ungleichheiten schaffen und nicht alle von politischen und sozialen Errungenschaften profitieren dürfen. Dass von der Diskriminierung im Wahlbüro genauso ausländische Männer betroffen sind, macht die Sache nicht besser, sondern verlegt die Debatte um politische Rechte nur noch weiter zurück ins frühe 19. Jahrhundert.“

Fest stehe, so Keltek, dass das Interesse an politischer Beteiligung bei Migrantinnen hoch sei. Während Frauen mit Migrationshintergrund in den politischen Parteien, in Stadträten, Landtagen und im Bundestag völlig unterrepräsentiert sind, steigt ihr Anteil in den Integrationsräten kontinuierlich an. „Mit rund einem Drittel weiblicher Mitglieder sind wir auf einem guten Weg. Auch im Vorstand des Landesintegrationsrates sind immerhin sieben der 17 Mitglieder Frauen. Die Zahlen machen deutlich, dass Migrantinnen politisch mitgestalten und Verantwortung übernehmen wollen. Stereotype Bilder von Kopftuchfrauen, deren Aufgabenbereich allein im Privaten und Häuslichen liegt, sind überkommen.“

Es gilt also, rechtliche Diskriminierungen abzubauen und ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Frauen mit und ohne Migrationshintergrund anhand ihrer Interessen und Fähigkeiten fördert. „Die Politik hat einen klaren Handlungsauftrag. Sie muss die Gesetzgebung an die Realität des 21. Jahrhunderts anpassen, Parteistrukturen für Migrantinnen öffnen und Wahlprogramme auch für Frauen mit Migrationshintergrund attraktiv machen“, so Keltek abschließend.